

Zwangskammern wollen Transparenz wagen

BERLIN 80 Industrie- und Handelskammern (IHK) gibt es in Deutschland. Permanent stehen sie in der Kritik, weil die Unternehmen zur Mitgliedschaft gesetzlich verpflichtet sind und Zwangsbeiträge an die örtliche IHK abgeführt werden müssen. Kammer-Rebellen machen mobil und stellen das System in Frage. Im Schnitt 320 Euro pro Jahr zahlen die IHK-Mitgliedsfirmen an Beiträgen. Doch was bekommen sie für ihr Geld? Jetzt geht der Deutsche Industrie- und Handelskammertag (DIHK) in die Offensive, veröffentlicht ab heute auf einer neuen Internet-Plattform Daten, Fakten, wirtschaftliche Kennzahlen der Kammern und einen Überblick über ihre Aktivitäten. „Wir wollen als Organisation konsequenter kommunizieren, was wir tun, und damit auch manche Diskussion versachlichen“, so Achim Dercks, stellvertretender DIHK-Hauptgeschäftsführer, gestern in Berlin.

Die Transparenz-Initiative kommt nicht von ungefähr. Es grummelt in Deutschlands Mittelstand. Nicht selten werden den Kammern mangelnde Transparenz, Selbstbedienungsmentalität und zum Teil auch Misswirtschaft vorgeworfen. „Nirgendwo wurden bisher Informationen über die wirtschaftliche Lage der Kammern in Deutschland zusammengetragen und veröffentlicht“, monierte

jüngst auch der CDU-Politiker Kurt Biedenkopf in einer Publikation des Bundesverbandes für freie Kammern. Dieser Verband organisiert 1300 Unternehmen, trommelt für die Abschaffung von Zwangsmitgliedschaft hat eine Petition bei der EU-Kommission eingereicht.

All diese Vorwürfe versucht die IHK-Organisation nun aus der Welt zu schaffen – mit Zahlen und Fakten, die IHK-Mitglieder nun per Mausklick im Netz abrufen können. So lässt sich etwa beurteilen, wie gut die eigene Kammer wirtschaftet, und nachsehen, wie viele andere Kammern an Gebühren für Azubi-Prüfungen verlangen. Der Überblick, den das neue Portal liefert, ist nur als erster Schritt gedacht. 2013 sollen Interessierte mehr über die Einkommen der IHK-Beschäftigten erfahren. Doch ganz so weit wie etwa die Krankenkassen, die ihre Vorstandsbezüge veröffentlichen, gehen die Kammern nicht. Gedacht ist an ein Drei-Stufen-System: Dabei wäre abzulesen, wie viel alle Mitglieder der IHK-Führung zusammen verdienen, alle wissenschaftlichen Mitarbeiter und alle übrigen Beschäftigten.

Rasmus Buchsteiner

